

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 15

vom 21. April 2011
Redaktion: Katja Richardt

Inneres

Polizei Hamburg funkt südlich der Elbe digital.....	3
Volksinitiative „ALTONAER MUSEUM BLEIBT, als Teil der Vielfalt der Hamburgischen Museumslandschaft“ zustande gekommen.....	4

Bürgerschaftswahl 2011

Wiederholungswahlen für rund 450 Wahlberechtigte in zwei Wahlbezirken in Harburg finden am 15. Mai statt.....	5
---	---

Schule, Jugend und Berufsbildung

10 Jahre Jugend debattiert.....	6
Julius-Leber-Stadteilschule gewinnt Schulfußball-Weltmeisterschaft in Brasilien.....	8
Informationskampagne zum Bildungspaket.....	9

Gesundheit

Ihr Kind ist ausreichend geimpft?.....	10
--	----

Finanzen

Prüfung des kaufmännischen Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses der Freien und Hansestadt Hamburg.....	11
Finanzsenator Tschentscher unterstützt Forderungen des Rechnungshofes zur Konzernbilanz 2009.....	14

Kultur

Neue Ausstellung in der Gedenkstätte Bullenhusen Damm.....	15
--	----

Norddeutsche Kooperation

Meilenstein in norddeutscher Kooperation: Gemeinsames IT-Verfahren optimiert das Personalmanagement in Hamburg und Schleswig-Holstein.....	17
--	----

Datenschutz

Datenschützer warnt vor Telefonbetrügern.....	19
---	----

Entscheidung durch ECE stärkt den Datenschutz.....20

Zur Information

Terminkalender.....21

18. April 2011/bis18

Polizei Hamburg funkt südlich der Elbe digital

Flächendeckende Einführung am Sonntag reibungslos verlaufen

Seit Sonntagmorgen um 09:00 Uhr funken die sechs Polizeikommissariate südlich der Elbe (PK 44, 46, 47, WSPK 1, 2, 3), einschließlich des gesamten Hafenbereichs, untereinander und mit der Funkeinsatzzentrale digital.

Die bisherigen anlassbezogenen Tests in Hamburg hatten bei verschiedensten Einsatzbedingungen überwiegend positive Rückmeldungen der Einsatzkräfte ergeben. Die angrenzenden Bereiche Niedersachsens sind ebenfalls mit dem bundeseinheitlichen Digitalfunk für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) versorgt. Sie laufen im dortigen Probetrieb einwandfrei. Einsatzkräfte können damit bald auch Erfahrungen in der länderübergreifenden Zusammenarbeit sammeln.

Die im Süden Hamburgs von den Einsatzkräften gemachten Erfahrungen sollen bei der weiteren Übernahme des Digitalfunks berücksichtigt werden. Die Einführung in Hamburg soll bis Ende 2012 abgeschlossen sein. Hierfür sind insgesamt 53 Mio. Euro eingeplant.

Der südliche Funkbereich der Polizei Hamburg („Michel 5“) umfasst ca. ein Viertel der Gesamtfläche Hamburgs. Die Einsatzzentrale koordiniert mit ihm die Einsätze von 105 Fahrzeugen und 9 Booten. Ausgestattet sind die dortigen Kräfte mit rund 600 Hand- und Fahrzeugfunkgeräten sowie stationären Geräten in den Kommissariaten.

Vorteile des Digitalfunks sind unter anderem die deutliche Erhöhung der Gesprächskapazitäten, die Möglichkeit der Verbindungsaufnahme mit weit entfernten Einsatzkräften sowie die Abhörsicherheit und damit auch der Schutz von persönlichen Daten der Bürgerinnen und Bürger. Für die persönliche Sicherheit der Einsatzkräfte ist die mit dem Digitalfunk geschaffene Möglichkeit, im Notfall rascher und zielgerichteter Hilfe anzufordern, von besonderer Bedeutung.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ralf Kunz & Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2678/2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

19. April 2011/bis19a

Volksinitiative „ALTONAER MUSEUM BLEIBT, als Teil der Vielfalt der Hamburgischen Museumslandschaft“ zustande gekommen

Der Senat hat heute das Zustandekommen der Volksinitiative „ALTONAER MUSEUM BLEIBT, als Teil der Vielfalt der Hamburgischen Museumslandschaft“ festgestellt.

Die Initiatoren haben am 24. März 24.827 Unterstützungsunterschriften eingereicht. Die Prüfung durch die zuständigen Bezirksämter hat ergeben, dass die notwendige Anzahl von 10.000 gültigen Unterschriften erreicht worden ist. Damit ist die Volksinitiative zustande gekommen.

Gegenstand ist ein Gesetzentwurf zur Änderung des Hamburgischen Museumsstiftungsgesetzes mit den Zielen,

- eine gesetzliche Bestandsgarantie für die ehemals staatlichen Museen zu bewirken,
- das Eigentum an der Ausstattung und an den Sammlungen zu übertragen sowie
- die Unabhängigkeit der Museumsstiftungen zu stärken.

Die Bürgerschaft hat jetzt bis zum 24. September Zeit, dem Anliegen der Volksinitiative zu entsprechen. Stimmt die Bürgerschaft den Zielen der Volksinitiative nicht zu, können die Initiatoren bis zum 24. Oktober bei dem Senat einen Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens stellen.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ralf Kunz und Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2678 u. -2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

19. April 2011/bis19

Hamburg – Wahl 2011

Wiederholungswahlen für rund 450 Wahlberechtigte in zwei Wahlbezirken in Harburg finden am 15. Mai statt

Der Senat hat heute den 15. Mai als Tag für die Wiederholungswahlen in den Wahlbezirken 710 06 und 711 08 in Harburg bestimmt.

Die Bürgerschaft hatte am 14. April 2011 beschlossen, dass 446 Wahlberechtigte zur Bürgerschaftswahl und 454 Wahlberechtigte zur Bezirksversammlungswahl in den beiden Wahlbezirken im Wahlkreis 17 (Süderelbe) die Wahl vom 20. Februar 2011 wiederholen dürfen.

Grund hierfür war, dass bei der Hamburg-Wahl am 20. Februar in den beiden Wahllokalen durch ein Versehen der Wahlorganisation falsche Wahlkreis -Stimmzettel für die Wahlen zur Bürgerschaft und zur Bezirksversammlung Harburg ausgegeben wurden. Die auf diesen falschen Wahlkreis –Stimmzetteln abgegebenen Stimmen waren ungültig.

Da der Wahlfehler sich auf die Verteilung der von den Parteien im Wahlkreis 17 errungenen Mandate auf die Kandidatinnen und Kandidaten ausgewirkt haben kann (Mandatsrelevanz), hatten der Landeswahlleiter und der Bezirkswahlleiter Wahleinspruch eingelegt. Eine Veränderung der Fraktionsstärkender Parteien ist für die Bürgerschaft wie auch für die Bezirksversammlung Harburg allerdings ausgeschlossen.

Die zur Wiederholungswahl Wahlberechtigten werden in den nächsten Tagen ihre Wahlbenachrichtigung erhalten. Am Tag der Wiederholungswahlen werden die Wahllokale wieder in den Schulen Kirchenhang 33 (Wahllokal 710 06) und Grumbrechtstraße 63 (Wahllokal 711 08) eingerichtet. Die betroffenen Wahlberechtigten können ihre Stimmen auch per Briefwahl abgeben.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ralf Kunz und Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2678 u. -2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

19. April 2011/bsb19a

10 Jahre Jugend debattiert:

Felix Tann vom Gymnasium Othmarschen und Constantin Sinn von der Gesamtschule Walddörfer siegen im Jubiläumsjahr beim Landesfinale

Vier Schüler haben sich heute beim Landesfinale „Jugend debattiert“ für die Bundesebene des Wettbewerbs in Berlin qualifiziert: Der 15jährige Felix Tann vom Gymnasium Othmarschen überzeugte bei der Frage „Soll es in allen Hamburger Stadtteilen eine Quote für den sozialen Wohnungsbau geben?“, dem Thema für die Klassen 8 bis 10 und argumentierte eindrucksvoll für eine Quotenregelung. Constantin Sinn von der Gesamtschule Walddörfer konnte bei der Frage „Soll sich Hamburg dem gemeinsamen Abitur fünf deutscher Länder anschließen?“ den Wettbewerb der Jahrgangsstufen 11 bis 13 für sich entscheiden. Er trat überzeugend gegen einen Anschluss ein. Rund 5.800 Schüler haben sich im laufenden Schuljahr in Hamburg an „Jugend debattiert“ beteiligt. Die besten acht Schüler, die sich zuvor auf Schul- und Schulverbundebene durchgesetzt hatten, debattierten heute beim Landesfinale im Großen Festsaal des Rathauses.

„Jugend debattiert“ ist ein gemeinsames Projekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Stiftung Mercator und der Heinz Nixdorf Stiftung in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz und den Kultusministerien der Länder, in Hamburg die Behörde für Schule und Berufsbildung. 2001 wurde „Jugend debattiert“ in Frankfurt am Main an rund 30 Schulen erprobt. Im selben Jahr hat der Bundespräsident die Ausweitung des Wettbewerbs auf Bundesebene unter seiner Schirmherrschaft initiiert. Heute ist „Jugend debattiert“ das größte privat-öffentlich finanzierte Projekt zur sprachlichen und politischen Bildung mit bundesweit über 100.000 Schülerinnen und Schülern an 730 Schulen im laufenden Schuljahr.

Die beiden Hamburger Debattensieger und die jeweils Zweitplatzierten Laura Schwierien vom Carl-von-Ossietzky-Gymnasium und Constantin Mehmel vom Marion-Dönhoff-Gymnasium vertreten die Stadt nun beim Bundeswettbewerb „Jugend debattiert“ im Juni in Berlin. Als Preis für ihren heutigen Erfolg erhalten alle vier ein fünftägiges professionelles Rhetorik-Training, das sie gemeinsam mit den Siegern der anderen Länder auf die Bundesebene vorbereitet. Bundespräsident Christian Wulff wird den überzeugendsten Rednern im Bundesfinale am 3. Juni 2011 die Siegerurkunden persönlich überreichen.

Schulsenator Ties Rabe gratulierte herzlich: „Das Erlernen und Praktizieren von Diskussionskultur ist eine Grundvoraussetzung für eine offene und demokratische Gesellschaft. In diesem Sinne sehe ich die heutigen Sieger als Vorbilder für die Hamburger Schülerschaft.“

„In den vergangenen 10 Jahren ist Jugend debattiert ein wichtiger Baustein für die Schulentwicklung geworden“, ergänzt Dr. Bernd Klein, Vorstandsmitglied der Heinz Nixdorf Stiftung, stellvertretend für die Projektpartner. „Das Projekt ist ein Modell für die länderübergreifende Zusammenarbeit von Stiftungen

und staatlichen Akteuren. Durch unsere Kooperation ist es uns gelungen, innovative Formen der Lehrerfortbildung und des Unterrichts in der deutschen Schullandschaft anzuregen und umzusetzen.“

Jugend debattiert bringt Rhetorik in die Schule: Seit 10 Jahren fördert das Projekt mit einer Unterrichtsreihe und einem bundesweiten Wettbewerb die sprachliche und politische Bildung sowie die Meinungs- und Persönlichkeitsbildung von Schülerinnen und Schülern ab Klasse 8. Für die Schülerinnen und Schüler beginnt Jugend debattiert mit einer Unterrichtsreihe in der Klasse. Anschließend folgt der Wettbewerb, zunächst in der Schule, dann im Regionalverbund und schließlich auf Landesebene. Regional- und Landessieger gewinnen jeweils ein Seminar zur Vorbereitung auf die nächste Stufe des Wettbewerbs.

Der Schülerwettbewerb folgt klaren Regeln: Debattiert wird jeweils zu viert über aktuelle gesellschaftliche Streitfragen. Jeder Schüler hat zu Beginn zwei Minuten ungestörte Redezeit, in der er seine Position – pro oder contra – darlegt. Anschließend folgen zwölf Minuten freie Aussprache. Für das Schlusswort steht jedem Teilnehmer eine weitere Minute zur Verfügung, wobei er seine ursprüngliche Position auch verändern darf. Bewertungskriterien für die Debatte sind Sachkenntnis, Ausdrucksvermögen, Gesprächsfähigkeit und Überzeugungskraft.

Die Sieger im Landeswettbewerb Jugend debattiert Hamburg 2011:

Altersgruppe I (Klassen 8 bis 9/10):

1. Platz: Tann, Felix; 15 Jahre; Gymnasium Othmarschen
2. Platz: Schwierien, Laura; 16 Jahre; Carl-von-Ossietzky-Gymnasium
3. Platz: Hornef, Leonard; 14 Jahre; Gymnasium Rissen
4. Platz: Bröcker, Paula; 15 Jahre; Gymnasium Klosterschule

Altersgruppe II (Jahrgangsstufen 10/11 bis 13):

1. Platz: Sinn, Constantin; 20 Jahre; Gesamtschule Walddörfer
2. Platz: Mehmel, Constantin; 17 Jahre; Marion-Dönhoff-Gymnasium
3. Platz: Geinowski, Lasse; 18 Jahre; Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer
4. Platz: Fläschner, Oliver; 18 Jahre; Matthias-Claudius-Gymnasium

Presserückfragen

Peter Albrecht

Behörde für Schule und Berufsbildung

T: (040) 428 63 – 2003

F: (040) 427 966- 619

Markus Bissinger

Bundeswettbewerb „Jugend debattiert“

Tel: 0163.8184956

E-Mail: m.bissinger@t-online.de

19. April 2011/bsb19b

Julius-Leber-Stadtteilschule gewinnt Schulfußball-Weltmeisterschaft in Brasilien

Bei der ISF-Schul-Fußball-Weltmeisterschaft in Fortaleza (Brasilien) hat die Mannschaft der Jungen der Julius-Leber-Stadtteilschule als deutscher Vertreter den Weltmeistertitel gewonnen.

Nach Siegen u.a. über Chile und Italien in der Vorrunde, über die Slowakei und Slowenien in der Zwischenrunde gewann sie das Endspiel in einer hochklassigen und dramatischen Begegnung gegen den Iran mit 4:3. Zum ersten Mal vertrat eine Hamburger Mannschaft die deutschen Farben bei einer Weltmeisterschaft und gewann sofort den Titel. Neben den Spielen ergaben sich erlebnisreiche Begegnungen mit Schülerinnen und Schülern aus mehr als 25 Ländern und Einblicke in die Lebensbedingungen dieses faszinierenden Landes. Qualifiziert hatte sich das Team mit dem Sieg beim Bundesfinale des bundesweiten Schulsport-Wettbewerbs „Jugend trainiert für Olympia“ im letzten Herbst in Berlin.

Mit starker Unterstützung der Schule, der Behörde für Schule und Berufsbildung und weiterer Förderer konnten sich die Jungen, die sich größtenteils aus der Jugendmannschaft des FC. St. Pauli rekrutieren, auf ihre große Aufgabe vorbereiten.

Komplettiert wurde der bislang einmalige deutsche Erfolg mit dem Titelgewinn bei den Mädchen durch die Sportschule aus Potsdam.

Senator Ties Rabe „Ich freue mich und bin stolz darauf, dass eine Hamburger Schulmannschaft gleich bei ihrem ersten Start bei einer Weltmeisterschaft den Titel gewinnen konnte. Mit ihren sportlich fairen und freundlichen Auftritten hat sie für Hamburg und Deutschland bei den Gastgebern und den anderen teilnehmenden Ländern viele Sympathien gewinnen können. Dazu gratuliere ich der Mannschaft aus vollem Herzen und hoffe, dass die vielfältigen Erlebnisse bleibende Eindrücke hinterlassen werden.“

Weitere Informationen zur Schul-Fußball-Weltmeisterschaft der International School Sport Federation (ISF) unter: www.isfsports.org/sports/

Für Rückfragen der Medien:

Peter Albrecht

Behörde für Schule und Berufsbildung

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: Peter.Albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

21. April 2011/bsg21a

Informationskampagne zum Bildungspaket

Sozialbehörde, Schulen und team.arbeit.hamburg informieren mit Flyern, Plakaten und Briefen – Aktionen des Bundes führen zur Verwirrung

Mit Erstaunen hat Sozialsenator Detlef Scheele auf Äußerungen der CDU-Fraktion reagiert, die ihm Verantwortungslosigkeit bei der Information über das Bildungs- und Teilhabepaket vorwirft. Senator Scheele hatte Bundesministerin Ursula von der Leyen in einem Schreiben unter anderem aufgefordert, die Informationskampagne des Bundes zum Bildungs- und Teilhabepaket zu stoppen. Die Broschüren und Flyer des Bundesarbeitsministeriums enthalten Informationen, die bezogen auf die Hamburger Regelungen nicht korrekt sind. Hamburg selbst informiert die Betroffenen übers Internet, mit Flyern und persönlichen Anschreiben.

„Ich glaube, ich bin mir mit den Kollegen aus der Opposition eigentlich einig: Die Informationen über das Hamburger Bildungs- und Teilhabepaket müssen bei den Betroffenen ankommen“, so **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Deshalb haben wir sofort zum Start des Pakets eine eigene Internetseite eingerichtet. Seit der vergangenen Woche haben wir außerdem 400.000 leicht verständliche Flyer in Umlauf gebracht und zusätzlich alle 78.000 Leistungsberechtigten angeschrieben. Dazu hat es nicht erst die Aufforderung der Opposition gebraucht.“

„Das Problem mit der Kampagne von Frau von der Leyen besteht auch nicht darin, dass Sie die Betroffenen auffordert, die Leistungen in Anspruch zu nehmen“, so **Senator Scheele** weiter. „Aber viele Informationen darin sind für Hamburg nicht richtig. Bei uns muss - anders als der Bundesflyer es beschreibt - niemand in ein Amt gehen und einen Antrag ausfüllen. Wir haben ein viel einfacheres und bürgerfreundlicheres Verfahren gewählt. Die Info-Kampagne des Bundes verwirrt mehr als dass sie hilft. Deshalb sollte sie eingestellt werden.“

„Was wir brauchen ist die Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen, in denen die Familien ein- und ausgehen. Sie kennen die Familien und die Angebote in ihren Stadtteilen. Ich würde mir wünschen, dass sie dieses Wissen nutzen und die Familien ermutigen, ihre neuen Rechte in Anspruch zu nehmen.“

Mehr Informationen unter: www.hamburg.de/bildungspaket

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bsg/

21. April 2011/bsg21

Ihr Kind ist ausreichend geimpft? Und wie sieht es mit Ihnen aus? Europäische Impfwoche vom 23. bis 30. - Internet Quiz „Mach den Impfcheck“

Zum Schutz vor Infektionskrankheiten und ihren schwerwiegenden Folgen sind Impfungen die wirksamsten und wichtigsten vorbeugenden Gesundheitsmaßnahmen. Sind Sie ausreichend gegen Infektionen geschützt? Auch gegen saisonale Erreger oder für den nächsten Urlaub? Und wie sieht es bei ihren Kindern aus? Machen Sie den Impfcheck im Internet.

„Viele Krankheiten oder schwere Krankheitsverläufe sind durch Impfungen vermeidbar. Das ist allemal einen kleinen Picks wert“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Durch Impfungen schützen Sie dabei nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Mitmenschen vor der Verbreitung von Infektionen. Nutzen Sie die Gelegenheit und überprüfen sie ihren Impfschutz.“

Ansteckende Infektionskrankheiten bergen eine besondere Gefahr: Bei leichter Übertragbarkeit des Erregers weiten sie sich schnell zu einer Epidemie aus. Ebenso können Infektionskrankheiten schwere Komplikationen verursachen. Diese führen mitunter auch zum Tod. Ein einfacher und wirksamer Schutz gegen Infektionskrankheiten ist das Impfen. Mit der Aktion „Mach den Impfscheck“ will die Gesundheitsbehörde anlässlich der 6. Europäischen Impfwoche insbesondere Jugendlichen den Anstoß geben, fehlende Impfungen nachzuholen. Das Quiz wurde von dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg und dem Robert Koch-Institut, Berlin, entwickelt.

Durch Beantwortung der Fragen in dem Internet-Quiz kann mit einem Blick auf das vorhandene Impfbuch der eigene Impfstatus festgestellt werden. Zudem ist viel Wissenswertes über die einzelnen Infektionskrankheiten zu erfahren. Machen Sie doch einfach den Check unter <http://www.mach-den-impfcheck.de/>. Weitere Informationen zu Infektionskrankheiten und Impfungen sowie das Quiz sind auch auf der Internetseite der Gesundheitsbehörde unter <http://www.hamburg.de/gesundheit> zu finden.

Das Regionalbüro Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat die 6. Europäische Impfwoche vom 23. April bis 30. April 2011 ausgerufen und insbesondere die Impfung gegen Masern in den Mittelpunkt gestellt. Die Ständige Impfkommision empfiehlt zwei Masernimpfungen im zweiten Lebensjahr und fordert generell dazu auf, Impfungen vor dem 18. Lebensjahr nachzuholen, wenn sie nicht zu dem empfohlenen Zeitpunkt durchgeführt wurden.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 42863-34 78, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bsg

Pressemitteilung

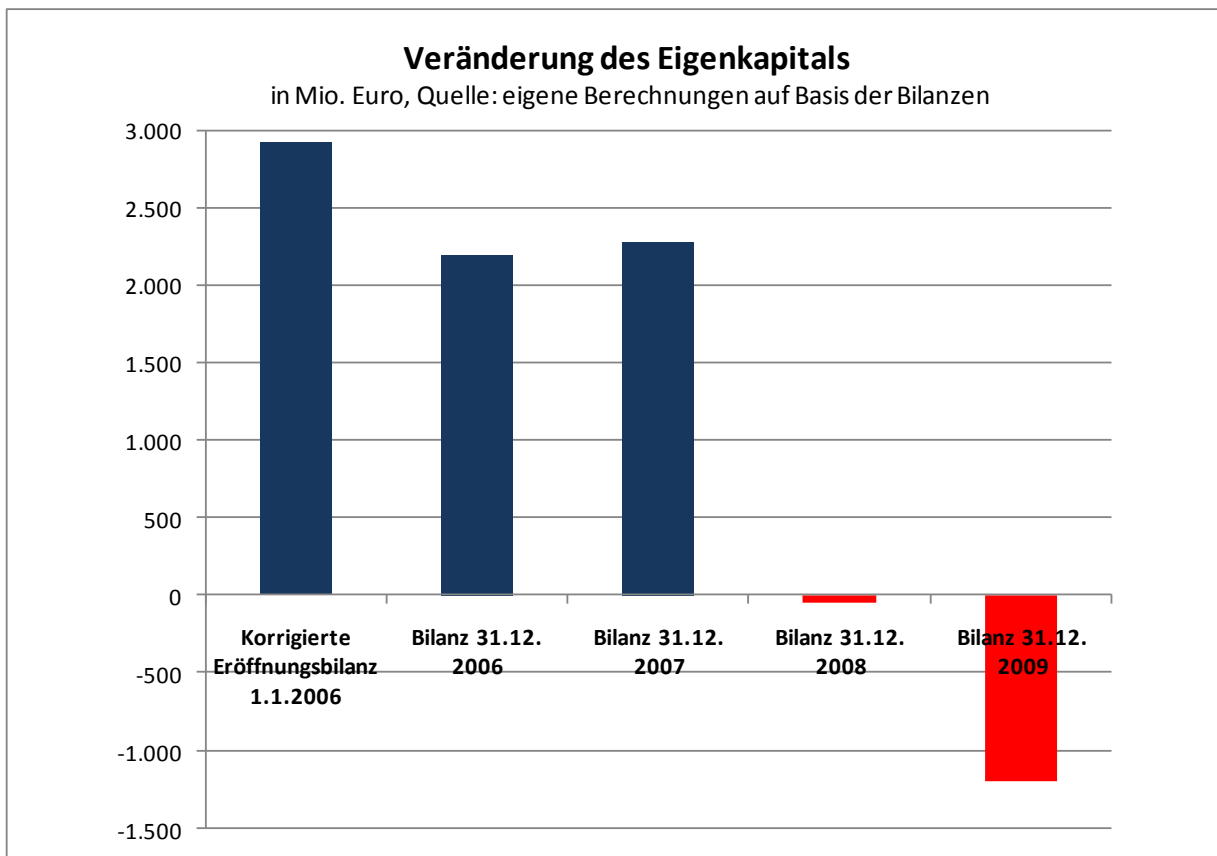
zur Prüfung des kaufmännischen Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses der Freien und Hansestadt Hamburg auf den 31. Dezember 2009

Heute hat der Rechnungshof die Ergebnisse seiner Prüfung der Abschlüsse für den Kernhaushalt und den „Konzern Stadt Hamburg“ in einem Ergänzungsbericht zum Jahresbericht 2011 der Bürgerschaft und dem Senat vorgelegt.

4 Mrd. Euro Verlust in vier Jahren – Eigenkapital mit 1,2 Mrd. Euro erstmals negativ

Der Jahresfehlbetrag 2009 der Kernverwaltung beträgt 1,2 Mrd. Euro. In der Gesamtbetrachtung der Jahre 2006 bis 2009 übersteigen die Aufwendungen die Erträge um 4 Mrd. Euro. Die Verluste haben zur Folge, dass das Eigenkapital mit -1,2 Mrd. Euro erstmals deutlich negativ ist.

Mit rund 4 Mrd. Euro Verlusten in vier Jahren zeigen die Beträge ein ähnliches Bild wie im kameralen Haushalt: Über dessen strukturelles Defizit von rund 1 Mrd. Euro jährlich hat der Rechnungshof im Sonderbericht zur Haushaltslage 2011 vor einem Monat berichtet.



Die stetige Abnahme des Eigenkapitals bis hin zu einem negativen Wert bedeutet eine ungerechte Verteilung von Lasten auf zukünftige Steuerzahler. Öffentliche Leistungen, die heute in Anspruch genommen werden, müssen durch künftige Generationen bezahlt werden.

Verlustrausgleich erhöht nicht den Wert der HPA

Die Hamburg Port Authority (HPA) macht Verluste, die von der Stadt nicht vollständig ausgeglichen werden. Trotzdem steigt der in der Bilanz der Stadt angesetzte Wert der HPA.

Die HPA hat im Jahr 2009 von der Stadt 192 Mio. Euro bekommen. Angesichts eines Jahresfehlbetrags der HPA in Höhe von 227 Mio. Euro hat sich deren Eigenkapital per Saldo vermindert. Trotzdem wurde ein Teilbetrag in Höhe von 44 Mio. Euro im Jahresabschluss der Stadt als Werterhöhung der Finanzanlage HPA behandelt.

Der Rechnungshof hat diese nicht die tatsächlichen Verhältnisse abbildende Bilanzierung kritisiert und die Finanzbehörde zur Änderung aufgefordert; dem will sie nachkommen.

Dauerhafte Haushaltsentlastung durch „Bilanzkosmetik“ nicht erreichbar

Noch keine Zusage über die Umsetzung seiner Forderungen hat der Rechnungshof in einem anderen Punkt: Im Zuge seiner Konsolidierungsbemühungen Ende 2010 hatte der Senat die öffentlichen Unternehmen der Stadt angewiesen, ab dem Geschäftsjahr 2010 die Methodik zur Berechnung ihrer Pensionsrückstellungen zu ändern. Die Folge: Zunächst fallen niedrigere Aufwendungen an, in späteren Jahren dafür aber umso höhere. Die tatsächliche Höhe der zukünftigen Pensionszahlungen bleibt jedoch unverändert. Die Vorsorge für die Pensionslasten wird durch den Methodenwechsel lediglich in die Zukunft verschoben. Diese „Konsolidierungsmaßnahme“ steht im Widerspruch zu einem soliden und vorsichtigen Haushalten.

Der Rechnungshof hat den neuen Senat aufgefordert, diese Maßnahme zurückzunehmen.

HSH Nordbank belastet das Konzernergebnis der letzten Jahre erheblich – aus der Kameralistik sind die Belastungen nur eingeschränkt erkennbar

Die Belastung des Konzernergebnisses durch die HSH Nordbank beträgt für die Jahre 2007 bis 2009 insgesamt 1,9 Mrd. Euro. Dies entspricht rund 7 % der Steuererträge der Stadt in diesem Zeitraum. Hieraus wird das Ausmaß der ökonomischen Wertminderung der Beteiligung deutlich. Die Belastungen resultieren in erster Linie aus den in diesem Zeitraum insgesamt negativen Ergebnissen der Bank, welche dem „Konzern Stadt“ anteilig zugerechnet werden, sowie aus Abschreibungen aufgrund der Wertminderung der HSH.

Die kamerale Rechnung weist die Belastungen hingegen nur eingeschränkt aus, da sie systembedingt weder die Wertminderungen des (Finanz-) Anlagevermögens abbildet noch die einzelnen Tochterorganisationen zu einer Gesamtrechnung zusammenfasst. Am Beispiel der HSH Nordbank ist erkennbar, dass die doppelte Rechnungslegung gegenüber der kameralen Rechnung eine wesentlich umfassendere Transparenz auch über die Auswirkungen öffentlicher Unternehmenstätigkeit auf das Vermögen Hamburgs bietet.

Präsident Dr. Meyer-Abich:

„Richtig angewandt liefert die Doppik über die Kameralistik hinausgehende, wichtige Steuerungsinformationen.

Auch aus kaufmännischer Sicht wird deutlich, dass wir von der Substanz leben. Nur mit entschiedener und langfristig angelegter Konsolidierung können wir das notwendige ausgeglichene Ergebnis erreichen.“

Für Rückfragen:

Philipp Häfner, Direktor bei dem Rechnungshof

Tel. (040) 428 23 1759, E-Mail: Rechnungshof@rh.hamburg.de, Internet: www.rechnungshof.hamburg.de

18.04.2011/fb18

Finanzsenator Tschentscher unterstützt Forderungen des Rechnungshofes zur Konzernbilanz 2009

Bilanzergebnis und Feststellungen des Rechnungshofes unterstreichen dramatischen Vermögensverlust der Stadt in den letzten Jahren

Hamburgs Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher nimmt die Feststellungen und Hinweise des Rechnungshofes zum Jahres- und Konzernabschlusses 2009 der Freien und Hansestadt Hamburg sehr ernst: **„Der Vermögensverlust der Stadt in den letzten Jahren ist dramatisch“, sagte Tschentscher heute.** Der Rechnungshofbericht unterstreiche die Bedeutung einer Konzernbilanz, mit der nicht nur der Kernhaushalt, sondern die Vermögenslage aller Nebenhaushalte und öffentlichen Unternehmen der Stadt dargestellt werden.

Der Rechnungshof hatte in seinem heute vorgestellten Ergänzungsbericht den Vermögensverlust von über vier Milliarden Euro Eigenkapital in den Jahren 2006 bis 2009 dargestellt und notwendige Kurskorrekturen angemahnt. **„Mit dem Bericht wird deutlich“, so Tschentscher, „dass die Konsolidierung des Hamburger Haushalts mit aller Kraft angegangen werden muss.“** Dieses beziehe sich nicht nur auf die kommenden Haushaltsberatungen und die Finanzplanung der Stadt bis zum Jahr 2020, sondern auch auf die Steuerung der öffentlichen Unternehmen.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

20. April 2011/pr20

Ein Ort des Gedenkens und Lernens

Neue Ausstellung in der Gedenkstätte Bullenhusen Damm von Zweiter Bürgermeisterin Stapelfeldt eröffnet

Die Dauerausstellung in der Gedenkstätte Bullenhusen Damm, die über das Schicksal von zwanzig jüdischen Kindern sowie mindestens 28 Erwachsenen berichtet, die dort in der Nacht vom 20. auf den 21. April 1945 von SS-Männern des KZ Neuengamme ermordet wurden, ist umfangreich umgestaltet und erweitert worden. Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt hat die neue Ausstellung heute in Anwesenheit zahlreicher Verwandter der damals ermordeten Kinder eröffnet.

Die von den Historikerinnen Iris Groschek und Kristina Vagt erarbeitete zweisprachige Ausstellung in Deutsch und Englisch bietet Informationen über die Geschichte des Gebäudes als Schule, als Außenlager des KZ Neuengamme und als Gedenkstätte. Sie thematisiert die Verfolgung und Deportation jüdischer Menschen in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern, die medizinischen Versuche im KZ Neuengamme, die Täter, die juristische Aufarbeitung und die Entwicklung des Gedenkens an diesem Ort.

Mit der modernen Gestaltung dieser neuen Ausstellung, die das junge Gestaltungsbüro „hellauf“ entworfen und umgesetzt hat, sollen insbesondere Jugendgruppen angesprochen werden, sich mit der Thematik zu befassen.

„Gedenkstätten tragen zur Bewusstseinsbildung bei, dass Menschenrechte, Freiheit und rechtsstaatliche Demokratie nicht selbstverständlich, sondern zivilisatorische Errungenschaften sind, die angenommen, gelebt und fortentwickelt werden müssen. Und dafür brauchen wir Gedenkstätten wie diese, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, besonders junge Menschen zu erreichen“, betonte die **Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt**. Gedenkstätten stünden vor der großen Herausforderung, die Kluft zwischen der heutigen Lebenswirklichkeit und dem Bild des Nationalsozialismus, das unreal und fiktiv erscheine, zu überwinden. Die Ausstellung am Bullenhusen Damm sei der gelungene Versuch einer Antwort. „Mit ihrer neuen Konzeption und um aktuelle Forschungsergebnissen bereichert wird die Ausstellung zu einem Ort des Gedenkens und Lernens zugleich, so **Stapelfeldt** weiter.

Anlässlich ihrer Neugestaltung bietet die Gedenkstätte besondere Öffnungszeiten an. Ab dem 21. April 2011 ist die Gedenkstätte bis zum 22. Mai täglich von 10 bis 17 Uhr geöffnet. Öffentliche Führungen finden jeweils sonntags statt (außer am Ostersonntag). Pädagogische Begleitungen durch die Ausstellung für Gruppen sind ab dem 20. April 2011 buchbar über den Museumsdienst Hamburg, Tel.: 040 4281310.

Die Geschichte

Am 28. November 1944 traf im Konzentrationslager Neuengamme ein Transport mit 20 jüdischen Kindern aus dem Konzentrationslager Auschwitz ein. Die zehn Mädchen und zehn Jungen waren

zwischen fünf und zwölf Jahre alt. Der SS-Arzt Dr. Kurt Heißmeyer führte an diesen gesunden Kindern medizinische Experimente mit Tuberkulose-Erregern durch. Als die britischen Truppen Hamburg immer näher rückten, wurden die inzwischen schwerkranken Kinder am 20. April 1945 zur Vertuschung dieser Versuche in das bis wenige Tage zuvor als KZ-Außenlager genutzte Schulgebäude am Bullenhuser Damm in Hamburg-Rothenburgsort gebracht, um sie dort zu töten. Mit den Kindern brachte die SS vier Betreuer der Kinder um, die als Widerstandskämpfer im KZ Neuengamme inhaftiert waren, sowie mindestens 24 sowjetische Häftlinge, deren Identität bis heute unbekannt ist.

1946 begann mit den „Curiohaus-Prozessen“ die juristische Aufarbeitung, bei der einige der Täter zum Tode verurteilt wurden. In den 1960er Jahren setzten sich ehemalige Häftlinge des KZ Neuengamme für ein öffentliches Gedenken und eine Gedenktafel im Schulgebäude ein. 1979 machte der Journalist Günther Schwarberg das Verbrechen durch eine Artikel-Serie im „Stern“ und eine Buchveröffentlichung bekannt. Schwarberg gelang es, die Identitäten vieler Kinder zu klären und deren überlebende Angehörige ausfindig zu machen. Gemeinsam mit einigen von ihnen gründete er die „Vereinigung Kinder vom Bullenhuser Damm“.

Eine erste Gedenkstätte wurde von der Vereinigung im April 1980 in den Kellerräumen der damaligen Schule eröffnet und fast 20 Jahre lang privat, ab 1989 mit Unterstützung der Kulturbehörde, unterhalten, ehe sie 1999 in die städtische Trägerschaft überführt und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme als Außenstelle angegliedert und räumlich erweitert wurde. 2010/2011 konnten weitere Kellerräume für die Gedenkstätte umgebaut und damit für die neue Ausstellung genutzt werden.

Die „Gedenkstätte Bullenhuser Damm“ ist heute nicht nur für Hamburg ein wichtiger Erinnerungs- und außerschulischer Lernort, sondern auch international bekannt. Im Museum Auschwitz und in vielen Gedenkstätten weltweit werden Biografien der Kinder präsentiert.

Kontakt:

Karin Schawe, KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Tel.: 040 428131-536, Mobil: 0162-4891824

E-Mail: karin.schawe@bkm.hamburg.de

Für Rückfragen:

Jörg Schmoll, Pressestelle des Senats

Tel: 040 42831-2242, E-Mail: joerg.schmoll@sk.hamburg.de

19.04.2011/pa19

Meilenstein in norddeutscher Kooperation: Gemeinsames IT-Verfahren optimiert das Personalmanagement in Hamburg und Schleswig-Holstein

HAMBURG. Die norddeutsche Kooperation nimmt weiter Fahrt auf: Schleswig-Holstein und Hamburg arbeiten künftig noch enger zusammen. Beide Länder kaufen und betreiben ein gemeinsames IT-System zur Unterstützung des Personalmanagements, dazu gehören z.B. Gehaltszahlungen, Bewerbungsverfahren, Online Anträge zur Reduzierung der Arbeitszeit um in Teilzeit zu arbeiten.

Bislang hat jedes Land seine eigenen Systeme. Diese genügen aber nicht mehr den zukunftsweisenden technologischen Ansprüchen für eine moderne Personalarbeit. Im Januar 2009 hatten Hamburg und Schleswig-Holstein darüber ein Verwaltungsabkommen geschlossen und das IT-Projekt „Kooperation Personaldienste“ gegründet. Mit dem Zuschlag wird zeitgerecht ein wichtiger Meilenstein des ambitionierten Projektzeitplans erreicht. Die Beschaffung beläuft sich für Hamburg auf ca. 17 Millionen und ist damit durch das Projektbudget abgedeckt.

Der in Hamburg für das Personalamt verantwortliche Staatsrat und Chef der Senatskanzlei Dr. Christoph Krupp: „Bereits in den Voruntersuchungen wurde deutlich, dass die gemeinsame Beschaffung eines einheitlichen IT-Verfahrens für beide Länder günstiger ist als eine getrennte Beschaffung. Das gilt auch für die zukünftigen Betriebskosten. Im Zuge der Einführung des neuen IT-Systems können zudem die Personalprozesse weiter standardisiert und noch stärker integriert werden. Das senkt langfristig auch die Kosten für die hamburgische Verwaltung und leistet einen weiteren Beitrag zur eGovernment-Strategie des Senats.“

Schleswig-Holsteins Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Dr. Arne Wulff, begrüßte das neue Verfahren: „Mit der Einführung des neuen integrierten Systems können Aufgaben im Personalwesen unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit, der Qualität und des Servicegedankens neu gestaltet werden. Der Betrieb des neuen Verfahrens wird kostengünstiger sein als bisher. In Schleswig-Holstein ist das IT-Projekt eng verknüpft mit der Neuausrichtung der künftigen Organisation des Personalmanagements.“

Wo es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, werden Personalverwaltungsaufgaben künftig zentral bearbeitet“.

Im März 2010 wurde von Dataport, dem gemeinsamen IT-Dienstleister der beiden Länder, das europaweite Vergabeverfahren gestartet. Den Zuschlag hat Dataport heute der Firma P&I Personal & Informatik (Wiesbaden) erteilt. Auch andere Länder und Kommunen in Deutschland arbeiten bereits mit diesem System.

Nach der Konzeptionsphase werden in Hamburg zuerst das Bewerbermanagement, in Schleswig-Holstein die neue Personalabrechnung sowie Personalverwaltungskomponenten eingeführt. Der Abschluss des Projekts ist Anfang 2014 vorgesehen.

Rückfragen:

Dr. Volker Bonorden

Leiter des Personalamts

Tel: (040) 42831 - 1506

Fax: (040) 42831 - 2420

E-Mail: volker.bonorden@personalamt.hamburg.de



Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

P R E S S E M I T T E I L U N G

18. April 2011/ds18

Datenschützer warnt vor Telefonbetrügern

Vorsicht vor angeblichen Datenschutz-Beratern am Telefon!

In den letzten Wochen haben Bürgerinnen und Bürger verstärkt Anrufe erhalten, bei denen sich die Anrufer mit „Datenschutz Hamburg“, „Bundesdatenschutz Hamburg“ oder „Datenschutzzentrale Hamburg“ vorstellten. Hierbei handelt es sich um Betrüger, die versuchen, dem Angerufenen Kontodaten zu entlocken oder angeblichen Datenschutz gegen Bezahlung anbieten.

„Die Anrufer erwecken den Anschein, von einer Behörde anzurufen“, so Johannes Caspar, der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, „lassen Sie sich davon nicht täuschen. Diese Anrufer stehen in keinem Zusammenhang mit einer Behörde. Eine Behörde würde Sie niemals anrufen und Ihre Kontodaten erfragen. Auch bieten Datenschutzbehörden keinen Datenschutz gegen Entgelt an.“

Gehen Sie nicht auf die Angebote dieser Anrufer ein und beenden Sie das Gespräch umgehend. Geben Sie vor allem keinesfalls Ihre Kontonummer an. Teilweise sind die Kontonummern dem Anrufer sogar bereits bekannt. In diesem Fall kontrollieren Sie regelmäßig Ihre Kontobewegungen und achten Sie auf unberechtigte Abbuchungen. „Legen Sie gegen diese Abbuchungen Widerspruch bei Ihrer Bank ein und wenden Sie sich anschließend an die Polizei.“, so Caspar weiter.

Kontakt/ Rückfragen:

Arne Gerhards, Tel. 040/428 54 – 41 53



Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

PRESSEMITTEILUNG

19. April 2011/ds19

Entscheidung durch ECE stärkt den Datenschutz

Das Unternehmen ECE hat mitgeteilt, dass die durch die Datenschutzaufsichtsbehörde beanstandeten Kameras im Einkaufszentrum Alstertal abgebaut werden. Entsprechende Kameras in den anderen deutschen Einkaufszentren des Unternehmens ECE sollen folgen. Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Johannes Caspar, begrüßt diese Entscheidung und nimmt wie folgt Stellung:

„Mit dem Abbau der beanstandeten Kameras hat das Unternehmen ECE eine datenschutzkonforme und kundenfreundliche Entscheidung getroffen. Damit wird den Beteiligten ein zeit- und kostenintensives Verfahren vor den Gerichten erspart. Wir werden ECE auch künftig in Fragen des Datenschutzes beratend zur Seite stehen und den Abbau der weiteren Kameras konstruktiv begleiten. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die Entscheidung durch den Markführer ECE deutschlandweit Signalwirkung haben kann.“

Kontakt/ Rückfragen:

Arne Gerhards, Tel. 040/428 54 – 41 53

Terminkalender

Vom 28. April bis 1. Mai 2011

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Donnerstag, den 28.04.2011

10:00 Atlantic Hotel
Staatsrat Holger Lange spricht ein Grußwort beim **EuroRuss e.V.** zu „**Innovationen, Partnerschaft und Investitionen im Bereich der kommunalen und industriellen Abfallwirtschaft**“.

Freitag, den 29.04.2011

09:30 Fortbildungszentrum Hamburg Wasser, Wellingsbütteler Weg
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort beim **Hamburger Baurechtstag**.

12:00 Rathaus, Großer Festsaal
Senator Michael Neumann hält die Festrede anlässlich der **Vereidigung junger Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter** und übernimmt während des Festaktes die Vereidigungen.

Staatsrat Volker Schiek nimmt teil.

Sonntag, den 01.05.2011

11:00 Gewerkschaftshaus Besenbinderhof
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Mai-Demonstration** teil.